Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

123 (14.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — Bezugspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 123 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Donnerstag, 14. März 1918 — 77. Jahrgang. — Mittagsblatt.

Odessa genommen.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 13. März, abends. (Amtlich). Deutsche Truppen sind in Odessa eingedrungen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

* * *

Odessa, die ehemalige Kreisstadt im russischen Gouvernement Cherson, ist der wichtigste Hafen- und Handelsplatz am Schwarzen Meer und des ganzen einstigen Russenreiches überhaupt. Die Stadt liegt 40 Kilometer nördlich von der Mündung des Dnjestrlimans und ist Ausgangspunkt der Bahnlinie Odessa-Shmerinka-Kiew. Sie breitet sich an der Südwestseite der Bai von Odessa aus auf einer nach Westen zu unmittelbar in die kahle Steppe übergehenden Hochfläche, die mehrfach von tiefen Wasserrinnen durchschnitten, im Bereich der Stadt und südlich von ihr steil zum Meere abfällt.

Odessa ist eine schöne, sehr regelmäßig angelegte Stadt. Die meisten Straßen kreuzen sich rechtwinkelig und sind von großer Breite und Länge. Mehr als 50 Kirchen und Synagogen, die zum großen Teil mit großer Pracht ausgestattet sind, schmücken die Stadt. Besonders prächtige Gebäude sind auch das Theater und die in reichem, florentinischem Stil gehaltene Börse. Unter den fast 500 000 Einwohnern sind etwa 133 000 Juden und 7000 Deutsche; Franzosen, Italiener, Südslawen und Armenier sind ebenfalls zahlreich vertreten. Die Stadt erhielt ihren Namen am 22. August 1794 auf Befehl der Kaiserin Katharina II. nach der im Altertum in der Nähe gelegenen Kolonie Odessos. Seit neuester Zeit ist Odessa auch ein sehr beliebtes Seebad.

Von der Westfront.

WTB. Berlin, 13. März. Bei dem erfolgreichen Unternehmen westpreußischer Truppen, die in frischem Draufgehen tief in die feindlichen Stellungen westlich Vaudezincourt eindrangen, wurden außer den 90 gemeldeten Gefangenen auch mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet. Die eigenen Verluste waren gering. Ein 8 Uhr abends gegen die von uns genommenen Gräben einsetzender Gegenangriff wurde unter schweren Feindverlusten abgewiesen. Nach gründlicher Zerstörung der Verteidigungsanlagen kehrten später unsere Sturmtruppen, behelligt vom Feind, befehlsgemäß in ihre Ausgangsstellung zurück. Lebhafter Flugbetrieb am gestrigen Tage hielt auch während der Nacht an. Feindliche Flieger bewarfen wiederum das Stadtinnere von Tourcoing und richteten unter den Einwohnern und Häusern erheblichen Schaden an.

Entgegen dem falschen Dementi der Franzosen in ihrem Funkspruch Lyon vom 13. März, 4.30 vorm., auf die im deutschen Heeresbericht vom 11. März mehrfach behauptete Benutzung der Kathedrale von Reims zu Signalzwecken, sei festgestellt, daß am 11. März 7.55 Uhr abends wieder eine Blinkstation auf der Kathedrale von Reims in Tätigkeit war. Sie gab zunächst Zeichen und dann Dauerlicht.

Zeppelin-Angriff auf England.

() Berlin, 13. März. (Amtlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eines unserer Marineluftschiffgeschwader mit gutem Erfolg befestigte Plätze und militärische Anlagen am Humber und der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff jedoch nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind unbeschädigt zurückgekehrt. Die Führung hatte auch dieses Mal wieder Fregattenkapitän Strasser. Außer diesem Kommandanten verdienen als bewährte Englandfahrer erwähnt zu werden: Korvettenkapitän d. R. Proells, Kapitänleutnant Frhr. Treusch von Buttlar-Brandenfels, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant v. Freudenreich.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

* * *

WTB. London, 12. März. (Reuter. — Amtlich.) Ein oder zwei Luftschiffe flogen heute abend spät die Küste von Yorkshire an. Wie gemeldet wird, fielen einige Bomben in kurzer Entfernung auf Binnenland. Berichte über Verluste und Sachschäden liegen noch nicht vor. Der Angriff geht noch weiter.

WTB. London, 12. März. (Reuter. — Amtlich.) Die Verluste bei dem Luftangriff belaufen sich jetzt auf insgesamt 20 Tote und 40 Verletzte. Man befürchtet, daß noch eine Leiche unter den Trümmern vergraben liegt.

Der deutsche Luftangriff auf Neapel.

WTB. Bern, 13. März. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der Agenzia Stefani schlugen die Bomben in Neapel in die Via Roma, Piazza Municipe, Via Speranzella, Via Conte Mola und auf der Piazza Concordia ein. Auch die beiden Kirchen Santa Bricida und San Nicolo Tolentino wurden getroffen. Die genannten Straßen und Kirchen befinden sich in der nächsten Umgebung der militärischen und der Hafenanlagen.

() Berlin, 14. März. Einer Depesche des „Berl. Tageblatt" aus Lugano zufolge sind die Kommandanten der Luftabwehr von Neapel, Boggia und Termoli wegen Nachlässigkeit abgesetzt worden.

Die heldenhaften Amerikaner.

)(Berlin, 14. März. Der amerikanische Kriegsminister Baker und der amerikanische Vertreter im Kriegsrat von Versailles, General Bliß, hatten gerade eine Konferenz, als der Luftangriff auf Paris stattfand. Der Hoteldirektor drängte darauf, daß sie sich in den Keller begeben sollten, wo die Konferenz fortgesetzt wurde. Bevor noch das Signal gegeben war, daß es wieder sicher sei, verließen sie den Keller und suchten ihre Zimmer wieder auf. Der Kriegsminister Baker erklärte laut „Berl. Lokalanzeiger" Journalisten gegenüber: Wir schicken unsere Truppen nach Europa, um die Welt von diesen Schrecknissen zu befreien.

Eine Revolte in Rouen.

() Berlin, 13. März. Aus Paris wird einer Basler Meldung der „Vossischen Zeitung" zufolge gemeldet: Wegen des herrschenden Nahrungsmittelmangels fand in Rouen ein Aufstand statt, an dem sich auch die zu den Rüstungsbetrieben abkommandierten Soldaten beteiligten. Im Verlaufe der Unruhen wurden stürmische Rufe nach sofortigem Frieden laut. Zur Niederwerfung des Aufstandes wurde amerikanisches Militär aufgeboten.

Die Flamenfrage.

Von unserm Brüsseler Mitarbeiter.

Die letzten Ereignisse haben die Flamenfrage wieder zum Gegenstand einer allgemeinen Erörterung gemacht. Während des Krieges ist die Flamenfrage in Belgien zu einer aktuellen geworden, und infolgedessen wuchs die aktivistische Bewegung dermaßen an, daß die stammesbewußten Flamen die Notwendigkeit erkannten, mit einem fest umrissenen Programm vor die Oeffentlichkeit zu treten. Dieses Programm zielt auf die kulturelle, administrative und politische Trennung Flanderns von Wallonien ab. Man wandte sich also gegen das von den belgischen Ministern aufrechterhaltene Prinzip des belgischen Einheitsstaates und gegen die Behauptung: Belgien sei ein zweisprachiges Land, mit andern Worten: man trat gegen die Fiktion auf, die Kämpfe, die seit Jahrzehnten zwischen den Flamen und Wallonen ausgekämpft wurden, könnten dadurch beseitigt werden, daß man jedem belgischen Staatsbürger die Pflicht auferlege, die beiden Landessprachen: flämisch und französisch, zu sprechen. Eine derartige Lösung wäre ein Notbehelf. Und daß die Flamen, jetzt nach diesem Weltkrieg, sich auf einen solchen, sie unter allen Umständen schädigenden Kompromiß nicht einlassen, kann man ihnen nicht verübeln.

Wer die Flamenfrage in ihrer ganzen Bedeutung beurteilen will, muß auf die Zeit vor dem Kriege zurückblicken und vor allen Dingen die tragische Lage bedenken, in die die Flamen in Staat und Gemeinde versetzt wurden. Gewiß, es ist nicht abzuleugnen, daß verschiedene Gesetze gemacht wurden, die den Forderungen der Flamen gerecht werden sollten, namentlich nach der kulturellen Seite hin. Aber jedermann weiß auch, daß alle diese Maßnahmen, die das Parlament traf, letzten Endes auf dem Papier standen, in Wirklichkeit aber niemals Gestalt annahmen. Das war namentlich in allen Schulfragen der Fall. Die Flamen waren unterdrückt, und, trotzdem das Gesetz vorschreibt, daß die Mehrheit der Schüler entscheiden soll, in welcher Sprache gesprochen werden soll, siegte fast immer die französische Richtung; namentlich in dem stark umstrittenen Gebiete, in denen Flamen und Wallonen zusammenwohnen. Ueberhaupt das ganze Elend des flämischen Volkes rührte daher, daß man seinen berechtigten Wünschen nach Volksbildung in keiner Weise entgegenkam. Deshalb erlebte man das tragische Schauspiel, daß die Flamen eine Sprache sprechen oder verstehen mußten (französisch), die ihnen nicht geläufig war und daß sie auf der andern Seite ihre Muttersprache nicht vollkommen verstehen konnten, um

---

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(56) (Nachdruck verboten.)

Kurt zwang sich jetzt zu seiner früheren Ruhe zurück. „Verzeihung, Mr Cargill, daß ich Ihnen im Schutze des Gastrechtes so bittere und unhöfliche Wahrheiten gesagt habe! Ich sagte Sie Ihnen als Engländer, nicht als früheren Freund!"

Cargill wußte nichts darauf zu erwidern; er warf Kurt einen bösen, feindseligen Blick zu und wandte sich dann an den Geheimrat.

„Herr Geheimrat, ich darf wohl bitten, meine Tätigkeit in Ihrem Hause als beendet anzusehen. Es bedarf wohl nicht der Versicherung, wie sehr ich darunter leide," sagte er mit zitternder Stimme.

„Ich bin davon überzeugt, Herr Cargill! Doch wir müssen den Verhältnissen Rechnung tragen! Ich muß auch Rücksicht auf die Gefühle meiner Beamten nehmen, denen es jetzt kaum zuzumuten ist, mit einem Engländer zusammenzuarbeiten! Es ist wohl am besten, Sie reisen gleich ab."

„Nein, Herr Geheimrat, ich werde jetzt doch in Deutschland bleiben und meine Heirat mit Fräulein Kühne beschleunigen! Ich verurteile das Vorgehen meines Landes, und ich werde auch meinem Vater in diesem Sinne schreiben."

„Tun Sie, was Sie für angemessen halten, Herr Cargill! Und wenn Sie eines Rates bedürfen, ich stehe Ihnen gern zur Verfügung."

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Die Vermehrenschen Damen saßen im Park. Von der Landstraße her tönte das Rufen und Singen von begeisterten Menschen; deutlich unterschied man die Klänge der „Wacht am Rhein" und von „Deutschland über alles".

„Schrecklich!" stöhnte die Geheimrätin. „Der Lärm! Die Leute sind ja ganz außer Rand und Band."

Astrid wollte den Mund zu einer heftigen, unwilligen Erwiderung öffnen, schwieg aber doch. Sie beobachtete die Mutter, die in einem überdachten Triumphstuhl lag und mit ihren kostbaren Ringen an den weißen, müßigen Händen spielte.

„Wie ist das unerträglich hier! Der Papa ist ein Barbar, daß er mich hier verschmachten läßt." Und die Rätin arging sich weiter in ungerechtfertigten Klagen und Vorwürfen, so daß Astrid in ernstem Ton sagte:

„Du wirst noch manches ertragen lernen, Mama! Die Zeiten sind so schwer geworden — und du hast noch am allerwenigsten Grund, dich zu beklagen! Versündige dich nicht!"

„Meinst du?" Höhnisch lachte die Geheimrätin auf. „Du kümmerst dich nicht darum, was ich leiden muß."

Astrid lächelte ein wenig; sie erwiderte nichts darauf; mit der Mutter war ja überhaupt nicht ernsthaft zu reden! Sie hatte durchaus kein Verständnis für das, was ihr die Brust zu zersprengen drohte; für das Gefühl, in einer solchen großen, weltgeschichtlichen Zeit zu leben, in der alles, was klein und nichtig, doch vom Menschen abfallen, in der alles untergehen mußte in dem Gedanken: O, du mein Deutschland, mein heiliges Vaterland!

„Morgenrot, Morgenrot!
Leuchtest mir zum frühen Tod!
Bald wird die Trompete blasen,
Dann muß ich mein Leben lassen!
Ich und mancher Kamerad!

Kaum gedacht, kaum gedacht,
Wird der Lust ein End' gemacht!
Gestern noch auf stolzen Rossen,
Heute durch die Brust geschossen,
Morgen in das kühle Grab!"

Frische Burschenstimmen sangen das Lied, dessen wehmütige Klänge seltsam packend den hellen, warmen Sommerabend erfüllten.

Astrid wurde blaß und sah still vor sich, die Hände um das Knie geschlungen. Ursula brach in ein krampfhaftes, unbeherrschtes Weinen aus.

„Mein Gott, was ist denn?" fragte übelgelaunt die Geheimrätin.

„Ich kann das Lied nicht hören."

„Stirbt ein braver Reitersmann —" klang es jetzt ganz deutlich zu ihnen herüber.

„Stirbt ein braver Reitersmann!" sprach Astrid halb singend vor sich hin.

„Nein!" sagte sie dann laut vor sich hin, dabei die Hand über die Augen legend, als wollte sie das Bild verwischen, das da schrecklich vor ihr aufgestiegen war.

Sie konnte Ursulas Weinen, der Mutter Klagen nicht mehr hören und stand auf. Da kamen der Vater und der Bruder aus dem Hause geschritten. Sie ging ihnen entgegen.

„England hat uns den Krieg erklärt!" rief der Geheimrat erregt.

„Auch noch?" „Vater!" Bang klang Astrids Stimme.

„Großes, Schweres legt Gott uns auf! Doch mit seiner Hilfe werden wir auch dieses Feindes noch Herr werden, mein Kind!" entgegnete er. „Vertraut auf Gott! Vertraut unserer Regierung und vertraut unserem Heer!"

„Was mich betrifft — ich werde mein Möglichstes tun!" meinte Kurt.

„Du? Wieso wolltest du?" Ungläubig klang Astrids Frage.

„Ja! Man hat meine Dienste als Kriegsfreiwilliger angenommen."

Die Geheimrätin richtete sich aus ihrer bequemen Stellung auf, sah den Sohn entsetzt an und hob abwehrend die Hände.

„Nein, Kurt! O, das überlebe ich nicht!"

„Und ich würde es auch nicht überleben, untätig und in Sicherheit zu bleiben als siebenundzwanzigjähriger Mann, während so viele Aeltere alle Gefahren und Entbehrungen auf sich nehmen!" entgegnete er scharf.

„Kurt mache es rückgängig! Hast du nicht an deine Mutter gedacht?" Verzweifelnd rang sie die weißen Hände; sie war jetzt doch aus ihrem Gleichgewicht gebracht.

„Ich habe an meine Pflicht und an mein Vaterland gedacht, Mutter, — an weiter nichts! — Es sind alle Söhne von Müttern, die da hinausziehen!"

In tiefem Glanze leuchteten Astrids Augen; sie ging auf den Bruder zu und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Ich danke dir, Kurt! Und ich bitte ich mir zu verzeihen, wenn ich dich — oft genug — gekränkt! Ich bin stolz auf dich!" Ihre Stimme bebte vor Ergriffenheit.

(Fortsetzung folgt.)

sich ihrer in Wort und Schrift zu bedienen. Im öffentlichen Leben war es nicht besser. Die Stadtverwaltung und Justiz lagen in den Händen der flämischen Oberschicht, die seit Jahrzehnten französisch orientiert ist, und die ihre Hauptaufgabe darin sieht, das Flamentum abzuleugnen. Sie sprachen natürlich im Hause auch französisch und behandeln die flämische Sprache wie eine Dialektsprache. Diese Oberschicht wendet sich schon seit Jahrzehnten immer mehr von den breiteren Volksschichten ab. Wer Belgien vor dem Kriege kannte, konnte diese Beobachtung in den flämischen Städten Antwerpen und Gent leicht machen. Man konnte z. B. sofort feststellen, daß die flämischen Theater nur von der niederen Volksschicht besucht wurden, daß aber die französischen Bühnen einen großen Zuspruch von den mittleren und oberen Volksschichten hatten. Ein Volk aber, das man dermaßen behandelt, kann natürlich nicht aufsteigen, es muß nicht nur allmählich seine kulturellen Werte aufgeben, sondern es wird ihm auch das Selbstbewußtsein genommen; es fehlt ihm also die nötige Kraft, sich aus einem Zustand zu befreien, der naturnotwendig, wenn er länger dauert, zu einem vollständigen Versinken und Verflachen jeder bodenständigen Kraft führen muß.

Der Weltkrieg, in dem ja die Entente das Schlagwort von der Befreiung der kleinen Nationalitäten aufgebracht hat, hat nach dieser Richtung einen Wandel geschaffen. Die Flamen, die die Hauptopfer für den Krieg bringen mußten, in den die belgische Regierung das Volk hineingezogen hat, stärkten das Rassenbewußtsein, und es entstand allmählich eine Bewegung, die, anfangs schwach, immer stärker und stärker wurde, bis sie sich schließlich eine Organisation schaffen konnte, die mit einem gewissen Zukunftsprogramm an die Oeffentlichkeit treten konnte. Gewiß, es soll nicht abgeleugnet werden, daß verschiedene Richtungen von Anfang an vorhanden waren, daß es also Gruppen gab, die mit einem radikalen Programm operierten und andere wieder, die gemäßigter vorgingen. In Wirklichkeit aber hat man sich von Anfang an mit der Frage beschäftigt, wie der belgische Staat gestaltet werden müsse, um den berechtigten Wünschen der Flamen gerecht zu werden. Der Projekte waren viele, zu einem bestimmten hat man sich bis heute noch nicht entschieden. Eine Wochenschrift in Antwerpen, „Die Eendracht" hat noch am 12. Januar in einem der besten Artikel, die während des Krieges über die Flamenfrage erschienen sind, den Standpunkt der Flamen und die Möglichkeit ihnen zu helfen präzisiert. Es wird in diesem Artikel die Frage gestellt, welche Form der politischen Selbständigkeit die geeignetste sei. Die Antwort darauf lautet, es stünden zwei Wege offen: Erstens, ein von Wallonien selbständiger Staat Flandern und zweitens, eine Wiederherstellung Belgiens auf föderativer Grundlage, wobei die Staaten Flandern und Wallonien mit beiderseitiger voller Selbständigkeit verbunden wäre. Da die erste Lösung nicht wünschenswert erscheint, erörtert der Artikel die zweite, und kommt zu dem Ergebnis, die Staatenverbindung Flanderns und Walloniens könne auf vierfache Weise verwirklicht werden: 1. Durch Personalunion, 2. durch Realunion, 3. durch einen Staatenbund und 4. durch einen Bundesstaat. Das Kennzeichen der Personalunion sei ein gemeinschaftlicher Herrscher; jeder Staat behalte außerdem seine vollste Selbständigkeit, auch in der auswärtigen Politik. Letzteres könnte natürlich zu Schwierigkeiten führen. Bei der Realunion liege die Einheit der Staatenverbindung nicht allein in dem gemeinsamen Fürstenhaus, sondern auch in der Gemeinsamkeit gewisser Staatsangelegenheiten, wie die der auswärtigen Politik, des Heeres, der Kolonien, der Zölle usw. Ein Beispiel für die Realunion biete Oesterreich-Ungarn, wo die auswärtige Politik, das Heer und die Finanzen gemeinschaftlich verwaltet würden, während über andere Zweige wie Handel und Zölle Vereinbarungen getroffen würden. Bei dieser Staatsform habe jeder Staat seine gesetzgebende, ausführende und richterliche Macht für seine besonderen Interessen, während die gemeinsamen Angelegenheiten von einer zentralen Regierungsstelle (Bundesrat) abhingen. Der Staatenbund sei eine dauernde Verbindung unabhängiger Staaten und beruhe auf einem völkerrechtlichen Vertrag. Ihm hafteten die gleichen Mängel an wie der Personalunion. Der Bundesstaat endlich sei ein aus mehreren Staaten gebildeter souveräner Staat wie die Schweiz und Deutschland. Hier gebe die Zentralisation prinzipiell die Richtung an, indem das Bundesrecht vor dem einzelnen Staatsrecht gehe während nach außen hin der Bundesstaat als vollkommener Einheitsstaat auftrete. Da die Selbstständigkeit jedes einzelnen Staates der Souveränität des Bundesstaates untergeordnet sei, würde diese Form der zentralisierten Staatenverbindung die Selbständigkeit Flanderns nicht genügend sicherstellen. Personalunion, Staatenbund und Bundesstaat seien daher für Flandern zu verwerfen; die wünschenswerte Lösung sei die Realunion.

Das gleiche Blatt beschäftigt sich nunmehr auch in einer seiner letzten Nummern mit dem „Rat von Flandern", gegen den sich ja die Herren in Le Havre so heftig wenden, und den sie zu diskreditieren suchen, indem sie die Behauptung aufstellen, er hätte sich widerrechtlich Funktionen angegliedert und Handlungen unternommen, die als ein Attentat gegen die Sicherheit des Staates zu bezeichnen seien. Die „Eedracht" schreibt darüber: der „Rat von Flandern" wurde am 4. Februar 1917 eingesetzt und bestand aus 45 Mitgliedern. Er hat in Kommissionen gearbeitet und durch seinen Vorstand auch die bekannte Reise nach Berlin unternehmen lassen. Die Kommissionen beschäftigten sich mit den verschiedenen Staatsangelegenheiten, also mit den Fragen des Unterrichts, der Justiz, des Handels, der sozialen Fürsorge, des Ackerbaues, des Verkehrswesens und auch mit der Frage aus ländischer Angelegenheiten im Hinblick darauf, daß der belgische Staat bei Friedensschluß irgend eine Form haben muß, über die heute selbst die Gelehrten in Le Havre sich noch streiten. Der „Rat von Flandern" hat dann, durch das Verhalten der flämischen Bevölkerung getrieben, am 22. Dezember den Entschluß gefaßt, die Autonomie Flanderns zu betreiben. Die Mitglieder des Rates haben dann im Verfolg dieses Beschlusses ihre Aemter niedergelegt, um sich Neuwahlen durch das Volk zu unterziehen. Die Mitglieder des Rates beschlossen ferner, vom deutschen Generalgouverneur das Organ einer Kommission von Bevollmächtigten, das den Rat von Flandern nach außen hin vertreten soll, genehmigen zu lassen. Diese Kommission werde durch und innerhalb des Rates von Flandern gewählt und habe sich an die vom Rat gegebenen Weisungen zu halten. Sie haben keine ausführende Macht, die unverkürzt in den Händen des Besetzers liege. Die Kommission stellte infolgedessen keine Regierung von Flandern dar, und die Bevollmächtigten seien keine Minister und der Rat von Flandern kein Parlament im eigentlichen Sinne des Wortes. In letzter Instanz bleibe also auch die gesetzgebende Macht vor wie nach in der Hand des deutschen Okkupanten, also in der Hand des deutschen Generalgouverneurs.

Einen weiteren Beweis, daß dem so ist, bietet der Erlaß des Generalgouverneurs, durch den er die Bevollmächtigtenkommission eingesetzt, von welcher oben die Rede ist. Dieser Erlaß lautet: Aus der Zahl seiner Mitglieder wählt der Rat von Flandern 11 Bevollmächtigte für die verantwortliche Leitung und Vertretung des Rates. Die Wahl der Bevollmächtigten bedarf meiner Bestätigung. Artikel 2: Die Bevollmächtigten sind berufen, mit dem Rat von Flandern beratende Mitwirkung an meiner Gesetzgebung für Flandern auszuüben. Die beratende Mitwirkung erstreckt sich nicht auf die gesetzgebenden Maßnahmen von militärischem Belang.

Durch all dieses wird bewiesen, daß die Behauptung der belgischen Flüchtlingspresse, die aktivistischen Flamen hätten im besetzten Gebiet die Absetzung des Königs oder der Regierung vorbereitet, einen selbständigen Staat ausgerufen, und sogar, wie ein Blatt unsinnigerweise behauptet, Friedensverhandlungen mit Deutschland angebahnt, falsch sind, Behauptungen, die lediglich zu dem durchsichtigen Zweck in die Welt gesetzt wurden, um nicht nur die Aktivisten, sondern auch die deutsche Verwaltung in Belgien zu diskreditieren. (b. z.)

Die Schuld am Kriege.

);(**Berlin**, 14. März. Aus Paris kommen dunkle Andeutungen, als ob man dort neue und unwiderlegliche Beweise dafür beibringen könne, als ob Frankreich durch Deutschland in den Krieg hineingezogen worden sei.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt, man könne in Deutschland allen Enthüllungen über die Vorgeschichte des Krieges mit um so größerer Ruhe entgegensehen, als noch manche Schriftstücke vorhanden seien, die der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt seien, und durch die die Frage nach der Schuld nicht nur am Ausbruch des Krieges, sondern am Kriege selbst so deutlich beantwortet werde, daß hüben und drüben alle Verdrehungskünste eitel bleiben müßten. Die Rolle Frankreichs, als des Einpeitschers Rußlands, würde dadurch immer deutlicher.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." teilt Auszüge aus belgischen Gesandtschaftsberichten mit, die diese Feststellungen enthalten. Die von ihr mitgeteilten Zeugnisse stellten auch die bündigste Rechtfertigung des Inhalts der Friedensverträge mit den Russen dar.

Die englische Arbeiterschaft und die Aushebung.

WTB. Rotterdam, 12. März. Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge erfahren die „Times" daß der Maschinen-Arbeiter-Verband die Rekrutierungsvorschläge der Regierung in vollem Umfange angenommen habe. Es wurde vereinbart, daß man mit der Aushebung der Mannschaften ungehindert fortfahren und daß nicht gestreikt werden solle.

Die Stimmung in Irland.

WTB. Amsterdam, 13. März. „Freemans Journal" berichtet, daß der Führer der Sinn-Feiner erklärt habe, Irland habe durch die Entsendung der irischen Partei in das englische Parlament, wo diese Partei unter Englands Einfluß verdorben und dadurch wiederum die irische Nation ungünstig beeinflußt worden sei, seine charakteristischen nationalen Eigenschaften zum größten Teil eingebüßt. Die Folge war, daß Irland zur Sklaverei erniedrigt wurde. In dieser Weltkrise erkläre die Sinn-Feiner-Partei vor der ganzen Welt, daß das irische Volk nur durch die vollständige Abtrennung von England befreit werden könne. Wilson habe das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen verkündet. Aber solange Irland seine Freiheit nicht erlangt haben wird, wird Wilson nicht imstande sein, zu beweisen, daß Amerika im Interesse der kleinen Nationen in den Krieg ging.

Greueltaten der Armenier.

WTB. Konstantinopel, 12. März. Die Agentur Milli berichtet über neue Einzelheiten der armenischen Greuel. Einer unserer Kommandanten, der sein Quartier in einem Dorfe 28 km. östlich von Erzerum aufgeschlagen hatte, meldet, daß in diesem Dorfe 278 Muselmanen von den Armeniern niedergemetzelt wurden. 42 andere Muselmanen wurden in ihren Häusern schwer verwundet aufgefunden.

Unter den Ermordeten befinden sich Mädchen, denen man die Lungen, nachdem sie vergewaltigt worden waren herausgerissen und auf den Mauern aufgehängt hatte. Anderen hoffenden Frauen hatte man den Leib aufgeschlitzt, das Gehirn hing aus den Schädeln heraus. Kinder und Männer waren mit Benzin verbrannt worden.

Deutscher Reichstag.

WTB. **Berlin**, 13. März.

Am Bundesratstisch: von Scheuch, von Stein.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Zentrums betr. die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes, des Kaufmannstandes und der Kleinindustrie.

Auf die Frage erklärte Staatssekretär **von Stein** sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. **Irl** (Ztr.) führt zu ihrer Begründung u. a. aus: Insbesondere das Handwerk zeigte in den letzten Jahren Zeichen eines neuen Aufschwunges. Da kam der Krieg dazwischen und brachte viel Elend über diese Kreise. Der Krieg hat den besten Beweis dafür erbracht, daß alle Stände in unserem Wirtschaftsleben gleichberechtigt sind. Für den neuen Mittelstand, die Privatbeamten, Techniker usw., ist durch soziale Einrichtungen, wie die Privatangestellten-Versicherung, gesorgt worden; nicht so für die Familien des alten Mittelstandes. Dort ist die Verschuldung eingetreten. Die Familienunterstützungen für die eingezogenen Handwerker reichen nicht aus. Die Erhaltung des Handwerks ist für Stadt und Land eine Lebensnotwendigkeit. Das amerikanische Wirtschaftssystem, wie es auch Rathenau vertritt, wäre für Deutschland ein Unglück. Was die Kriegsgesellschaften durch Stillegung der kleinen Betriebe verschuldet haben, kann das Reichswirtschaftsamt kaum wieder gut machen. Durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Versorgung mit Rohstoffen und Gewährung von Krediten ist es möglich, den Mittelstand zu retten. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär von Stein (in Beantwortung der Interpellation): Die Regierung kennt die schwierige Lage des gewerblichen Mittelstandes. Ein Programm zur Behebung der Mißstände kann noch nicht vorgelegt werden. Hier spricht die Frage des Mangels an Rohstoffen und der Arbeitskräfte sehr erheblich mit. Soweit es möglich ist, soll dafür gesorgt werden, daß stillgelegte Betriebe von den weiterarbeitenden entschädigt werden. Die Hauptsorge ist, daß die kleinen Betriebe möglichst bald wieder vollkommen aufgenommen werden. Eine weitere Stillegung von handwerksmäßigen Betrieben soll möglichst nicht mehr erfolgen. Wenn notwendig, werden die zuständigen Stellen vorher befragt werden, um unnötige Schäden zu vermeiden. Wir wünschen, daß die baldige Rückkehr zur Freiheit des Handels und des Verkehrs eintreten möge. Neben der Rohstoffbeschaffung kommt die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften beim Handwerk in Betracht, speziell die Erziehung des Nachwuchses. Notwendig wird die Revision der Gewerbeordnung sein. Nach dem Krieg von 1870/71 wurde die damals verhältnismäßig hohe Summe von 12 Millionen für das Wiederaufleben des Handwerks aufgewendet. Welche Aufwendung jetzt möglich sein wird, steht noch dahin.

Auf Antrag des Abg. **Gröber** (Ztr.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Brühle** (Soz.): Nach Beendigung des Krieges werden die aus dem Felde kommenden Handwerker sich in Massen der Sozialdemokratie anschließen. Der Krieg besorgt die Vernichtung des kleinen Gewerbes. Jeder Tag, den er länger dauert, bringt die Einstellung weiterer kleinerer Betriebe. Das Großkapital häuft gewaltige Gewinne an. Die Daimler-Werke konnten die Regierung schröpfen, ohne daß der Staatsanwalt eintritt. Sie gingen schlimmer als die Straßenräuber vor. Dem Mittelstand kann nur durch Taten geholfen werden.

Abg. **Doormann** (F. Vp.): Die Parteien sind sich darüber einig, daß dem Mittelstand geholfen werden muß, uneinig nur über die einzuschlagenden Wege. Ob die bisherige Wirtschaftspolitik wirklich eine Förderung des Mittelstandes bedeutet hat, mag dahingestellt bleiben. Selbsthilfe halten wir immer noch für zweckmäßig, insbesondere auf genossenschaftlichem Wege. Leider war die Ueberführung des Handels in die öffentliche Hand im Kriege nicht zu vermeiden. Das Wirtschaftsleben wird nicht unmittelbar da angeknüpft werden können, wo es abgebrochen wurde. Das Handwerk muß außer vom Heere und der Marine auch von den anderen großen Verwaltungen Lieferungsaufträge erhalten. An Organisationen fehlt es dem Handwerk nicht. Neben die beruflichen Organisationen müssen die wirtschaftlichen treten. Das Handwerk muß einen angemessenen Teil der vorhandenen Rohstoffe erhalten. Der Freihandel muß sobald wie möglich wieder in seine Rechte treten. Am allerschwersten hat der kaufmännische Mittelstand gelitten, dem nicht die gleichen Sympathien wie dem Handwerk gewidmet werden. Der Kleinhandel ist zu schwer geschädigt worden, als daß er sich so bald erholen könnte.

Abg. **Lützel** (natl.): Die finanzielle Unterstützung des Reiches genügt für das Handwerk nicht, es muß für Rohstoffe gesorgt werden, für deren Beschaffung in den Friedensverträgen besondere Bestimmungen zu treffen sind. Auch für Werkzeuge und Maschinen muß Sorge getragen werden. Für die Rohstoffbeschaffung müssen dem Handwerk angemessene Kredite gewährt werden. Die Heeres- und Marine-Verwaltung und die sonstigen Reichsbetriebe müssen an das Handwerk direkte Lieferungsaufträge geben.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Schluß 6¼ Uhr.

Die Reichstagsmehrheit und Polen.

);(**Berlin**, 13. März. Aus den Kreisen der Mehrheitsparteien des Reichstages erfährt das „B. T.": Die zunehmende Verschärfung des deutsch-polnischen Gegensatzes im Königreich Polen legte es beiden Teilen nahe, eine Grundlage für eine möglichst dauernde Verständigung zu finden, die den beiderseitigen Interessen loyal Rechnung trüge. In diesem Sinne suchten und fanden die polnischen Aktivistenkreise, vermutlich nicht ohne Wissen des Regentschaftsrates, Fühlung mit der deutschen Reichstagsmehrheit. Ihre Beauftragten hatten vorgestern ausführliche Besprechungen mit mehreren Abgeordneten, darunter mit Naumann und Frhrn. v. Rechenberg, und gestern wurden die schriftlich formulierten Vorschläge in einer gemeinsamen Sitzung der Mehrheitsvertreter geprüft. Das sich allmählich verdichtende Resultat dieser Verhandlungen geht ungefähr dahin, daß vom polnischen Staat die westlichen Grenzen, wie sie vor dem Kriege bestanden, ausdrücklich anerkannt werden und ferner daß die grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen werden soll, der Frage des Beitritts Polens zum mitteleuropäischen Verbande näherzutreten. Hingegen würden die Mehrheitsparteien des Reichstages, vermutlich gleichfalls nicht ohne Billigung der Reichsregierung, bereit sein, dafür einzutreten, daß entgegen den alldeutschen Forderungen, von jeder Annexion polnischen Gebiets Abstand genommen werden soll und daß insbesondere die Proteste der Polen in der Cholmer Frage eine möglichst weitgehende Berücksichtigung erfahren sollen; des weiteren soll dem polnischen Staate im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes die Möglichkeit gegeben werden, sich nach Osten in der Richtung nach Westrußland, etwa dem Minsker Gebiet, wo es wichtige polnische Interessen gibt, auszudehnen, um dadurch einen breiten Korridor zwischen Litauen und der Ukraine nach Rußland zu bekommen. Endlich soll nach dem Wunsche der Mehrheitsparteien dem polnischen Staate die möglichst schnelle Inbetriebsetzung der gesamten Staatsverwaltung zugesichert werden. Eine Aussprache zwischen Berlin und Wien muß jeder weiteren Behandlung der Angelegenheit durch den Reichstag vorangehen, dann aber wird es in den Kreisen der Mehrheit auch für notwendig gehalten, daß die polnischen Vorschläge zuerst in Warschau offiziell veröffentlicht werden und daß somit eine feste Grundlage geschaffen wird, bevor sie zu ihnen Stellung nimmt. Die Anwesenheit des Generalfeldmarschalls von Hindenburg in Berlin steht natürlich mit diesen Besprechungen in keinem Zusammenhang.

Aus dem Reich.

Die interfraktionellen Besprechungen und die Nationalliberalen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich am Sonntag, wie bereits gemeldet, erneut mit der Frage einer Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen beschäftigt. Zu einer endgültigen Beschlußfassung ist es nicht gekommen. Die Fraktion wird einstweilen noch den weiteren Gang der Dinge beobachten. Festgehalten zu werden verdient gegenüber anderslautenden Darstellungen, daß bei der weit überwiegenden Mehrheit der Fraktion durchaus der Wunsch besteht, sich auch künftighin an diesen Besprechungen der Mehrheitsparteien zu beteiligen. Der bisher eingeschlagene Weg hat sich durchaus bewährt. Es ist nicht nur gelungen, die Sozialdemokraten Scheidemannscher Prägung bei der Mehrheit festzuhalten, auch sonst haben die Nationalliberalen vielfach mildernd und mäßigend auf die Entschlüsse der an diesen Besprechungen beteiligten Parteien einwirken können. Ohne sehr zwingende Gründe wird es sich, nimmt man in Kreisen der Fraktion an, nicht empfehlen, an diesem Brauch in Zukunft etwas zu ändern.

Nationalliberale Austritts-Erklärungen aus dem Alldeutschen Verband.

* Dem Alldeutschen Verband ist nachstehende Erklärung zugegangen:

Angesichts der innerpolitischen Haltung und der unerhörten Kampfesweise gegen die nationalliberale Partei, deren sich die von dem Alldeutschen Verband begründete Deutsche Zeitung befleißigt, ist es uns unmöglich, dem Alldeutschen Verband fernerhin anzugehören. Wir ersuchen daher, uns aus der Mitgliederliste des Alldeutschen Verbandes zu streichen.

Wir fügen die ausdrückliche Erklärung hinzu, daß mit diesem Entschluß keinerlei Aenderung in unserer Arbeit für eine starke Sicherung der deutschen Zukunft verbunden ist.

Blankenburg, M. d. A., Keinath, M. d. R., List, Eßlingen, M. d. R., Schulenburg, M. d. R., Dr. Stresemann, M. d. R., Dr. Stubmann, M. d. R.

•

() **Berlin**, 11. März. In seiner Rede auf der Tagung des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei hatte Abg. Stresemann unter anderm gesagt: „Wir werden uns von den Extremen der andern Seite nicht fortreißen lassen. Nichts ist für eine nationale Politik nach außen schädlicher gewesen, als der Ton und die Art, in denen die „Deutsche Zeitung" Politik treibt und die nationalliberale Politik angegriffen hat. Die Abgeordneten der Reichstagsfraktion, welche bisher dem Alldeutschen Verband angehörten, werden auch die Folgerungen daraus ziehen, daß der Alldeutsche Verband nicht den Mut gefunden hat, von diesen Angriffen abzurücken."

Das von Stresemann genannte führende alldeutsche Blatt, die „Deutsche Zeitung", verschärfte daraufhin seine Angriffe und warf dem nationalliberalen Führer nichts Geringeres als bewußte Zwiespältigkeit, Hinterhältigkeit und Unehrlichkeit vor; die Nationalliberalen im Lande müßten die anerkennenden und dankenden Worte verfluchen, die Stresemann für den Staatssekretär v. Kühlmann gesprochen, weil sie geeignet seien, den politischen diplomatischen Bankerotteur von Litauisch Brest im Amt zu halten. Und zu der Entschließung des

Zentralvorstands zugunsten des gleichen Wahlrechts schreibt das alldeutsche Blatt: „Graut es den Urhebern solchen Beschlusses nicht vor den Folgen? — Die Extremen von der andern Seite, von denen Abg. Stresemann gesprochen, sind durch diese Auslassung ihres Hauptorgans gut gekennzeichnet.

Badischer Landtag.

Aus der Verfassungskommission.

B.L.C. Karlsruhe, 13. März. In der Verfassungskommission der Zweiten Kammer des Landtags wurde heute der Gesetzentwurf über die Abänderung des Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860 beraten. Die Vorschriften über die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen werden dadurch denen für Angehörige der andern wissenschaftlichen Berufen entsprechend gestaltet. Damit wird ein Rest der Kulturkampfgesetzgebung abgetragen. Künftig werden verlangt das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt und der Besuch einer deutschen Universität während 3 Semester, in derem jedem eine philosophische Vorlesung gehört werden muß. Die Regelung der Fachbildung der Theologen und die Bestimmung der Dauer des hierfür notwendigen Studiums bleibt, wie bisher, allein Sache der Kirchen. Gleichzeitig hebt der Gesetzentwurf einige veraltete, schon Jahrzehnte nicht mehr zur Verwendung gekommene Sonderstrafbestimmungen gegen Geistliche auf. Die Abänderungsvorschläge des Gesetzentwurfs fanden allgemeine Zustimmung; das Zentrum stellte weitere Abänderungsanträge. Einer davon, der das Recht der Regierung beseitigen will, gegen Besetzung eines Kirchenamtes durch Personen die ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung mißfällig sind, Widerspruch zu erheben, fand aus der Kommission Widerspruch. Die Regierung sprach sich gegen den Antrag aus, ohne endgültig Stellung zu nehmen. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Ein weiterer Antrag verlangt, daß die 3 Semester statt auf einer deutschen Universität auch auf einem mit theologisch-philosophischer Fakultät ausgestatteten deutschen Seminar verbracht werden dürfen. Die Regierung widersprach dem Antrag, der auch von mehreren Kommissionsmitgliedern bekämpft wurde. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Hier wurde dann die Beratung abgebrochen.

Aus der Justizkommission der Zweiten Kammer.

* Karlsruhe, 14. März. Die Kommission für Justiz und Verwaltung trat gestern zu einer Sitzung zusammen und befaßte sich zunächst mit der Petition der Stadtgemeinde Singen-Hohentwiel um Errichtung eines Amtsgerichts in Singen. Die Regierung ließ erklären, sie könne eine Notwendigkeit zur Errichtung eines Amtsgerichts in Singen nicht erblicken. Sollte in Zukunft eine Neuorganisation der Grundbuchämter zur Durchführung kommen, so wäre zu erwägen, ob nicht alsdann die Zeit zur Errichtung eines Amtsgerichts in Singen gekommen sei. Andererseits müsse auch auf die Staatsfinanzen Rücksicht genommen werden. Die Kommission beschloß, die Petition der Gr. Regierung für eine künftige Neuorganisation als Material zu überweisen.

Der Antrag Fischer (R. Vgg.) und Gen. betr. die Sommerzeit wurde durch die Erklärung des Regierungsvertreters für erledigt erklärt.

Das provisorische Gesetz über die Naturalleistungen aus dem Gabholzbezug in den Gemeinden wurde angenommen, mit dem Zusatz, daß das Gesetz spätestens drei Jahre nach Kriegsende aufgehoben werde.

Der Gesetzentwurf über die Ergänzung der Gemeindebesteuerung, welcher den Gemeinden das Recht gibt, Neuhinzuziehende, welche länger als drei Monate sich in der betr. Gemeinde aufhalten, zur Gemeindesteuer heranzuziehen, wurde angenommen. — Ferner wurde beraten der Antrag Muser (F. V.) betr. die Stammgüter. Die Beschlußfassung darüber wurde auf eine spätere Sitzung vertagt.

Aus der Schulkommission.

* Karlsruhe, 13. März. Die Schulkommission der Zweiten Kammer erledigte in erster Lesung die Par. 6 bis 11 des Fortbildungsschulgesetzes. Die Frage, ob die Unterrichtszeit für Mädchen auf drei Jahre zu erhöhen sei, wurde eingehend erörtert, aber von der Regierung als unannehmbar erklärt. Die übrigen Bestimmungen fanden die Zustimmung der Kommission. Die Abstimmung wurde für die zweite Lesung vorbehalten.

Aus dem Großherzogtum.

‡ Mannheim, 13. März. Der Hilfsbremser Lorenz Eitelwein aus Ottersweier löste von einem im Industriehafen stehenden Güterwagen die Plomben, begab sich in den Wagen und warf darauf 5 Säcke Mehl hinaus. Diese wurden von der Vermieterin des Eitelwein, Karoline Gutgesell, und seiner Schwester, der Witwe Anna Gromm, in Empfang genommen. Sie verbargen zunächst die Säcke, bis sie Eitelwein abholte. Dabei wurde er von Bahnarbeitern betroffen, diese ließen sich aber durch einige Pfund des gestohlenen Mehls den Mund verschließen. Eitelwein brachte dann das Mehl an Zuckerbäcker, die es ihm abkauften. Die Strafkammer verurteilte den Dieb zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Wochen Haft, die Gutgesell zu 1 Jahr Gefängnis, die Gromm zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis.

Tauberbischofsheim, 13. März. Der älteste Mann von Tauberbischofsheim, Landwirt Adam Zubrod, ist im Alter von 98 Jahren gestorben.

△ Heiligkreuzsteinach, 13. März. Hier brannte der Stall, die Scheuer und der Holzschuppen der Witwe Barbara Rehberger nieder. Der Schaden beträgt etwa 7000 M. Der Brand wurde durch den 9jährigen Sohn verschuldet, der mit Streichhölzern bei einem Strohhaufen spielte. (g. K.)

Mosbach, 13. März. Unter dem Vorsitz von Finanzsekretär Güde fand eine Versammlung statt, in der eine Ortsgruppe des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens gegründet wurde. Es schlossen sich ihr Beamte und Lehrer aus den Bezirken Mosbach, Eberbach, Buchen und Adelsheim an.

× Wiesloch, 14. März. Ein von Eichtersheim kommendes Hamsterauto erlitt bei der Durchfahrt durch Mühlhausen durch Achsenbruch einen unliebsamen Aufenthalt. Als man den Kraftwagen auf die Seite schaffte, um die Straße freizubekommen, bemerkte man mit Erstaunen, daß in dem Auto drei Zentner frisches Fleisches verborgen waren.

× Bruchsal, 13. März. Der Bürgerausschuß nahm eine Vorlage des Stadtrates an, nach der zur Beteiligung der Stadt an der Mittelbadischen Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft ein Kapital aufgenommen werden soll.

+ Willstädt (Amt Kehl), 13. März. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Gemeinderat Kaufmann Jockers gewählt.

✕ Ichenheim bei Lahr, 13. März. Im Altrhein in der Nähe unseres Ortes wurde dieser Tage ein männliches Skelett gelandet, das nur mit Strümpfen bekleidet war.

§ Billingen, 13. März. Der Vorschußverein Billingen e. G. m. b. H. kann am Sonntag sein 50jähriges Bestehen feiern. Der Jubilar wird fast 25 Jahre von Bankdirektor Schleicher geleitet.

‡ Freiburg, 13. März. Im 4. städt. Kriegsvoranschlag fällt die Steigerung auf des Aufwandes für Zinsen und Tilgung der Kapitalschuld, die besonders als Folge der Kriegsaufwendungen von 47 055 700 M am 1. Januar 1914 auf 57 656 300 M Ende 1917 gestiegen ist. In den Stadtkassenvoranschlag ist erstmals als Dienstaufwandsentschädigung für die Stadtratsmitglieder ein Betrag von 19 000 M eingestellt. Der Steigerung der Ausgaben steht eine Verminderung der Einnahmen aus den Grundbuchgebühren, Schlachtgebühren, Markt- und Meßgeldern, ferner der Gebühren aus dem Bauhetrieb, aus Verbrauchssteuern, Verkehrssteuerzuschlägen und der Wertzuwachssteuer gegenüber. Eine Ausnahme macht die Straßenbahn. Als Ausgleich gegenüber den Ausgabesteigerungen sind neben der bereits erfolgten Erhöhung der Tarife des Elektrizitätswerkes und Gaswerkes, Gebühren für Prüfungen von Blitzableitern, Ausleihen von Motoren, Projektionsapparaten und Scheinwerfer u. a. eingeführt worden. Die Frage der Erhöhung des Schulgeldes an den städt. Mittelschulen unterliegen noch der Prüfung. Falls der Krieg bis zum 1. Oktober zu Ende geht, will die Stadtverwaltung die Spieltätigkeit des Stadttheaters erhöhen, für das nächste Jahr soll dann ein eigenes Personal genommen werden.

Müllheim, 13. März. Heute beging in voller körperlicher und geistiger Frische Privatier August Schmidt seinen 70. Geburtstag. Als früherer Verleger des „Oberrheinischen Anzeigers" (Amtliches Verkündigungsblatt) in Müllheim, ist er in badischen Verlegerkreisen eine wohlbekannte Persönlichkeit. Auch ist er einer der wenigen überlebenden Mitbegründer des Badischen Sängerbundes, dessen Schriftführeramt er lange Jahre hindurch bekleidete. Seit Uebergabe des Geschäftes an seinen ältesten Sohn, das sich somit in der dritten Generation in Händen der Familie Schmidt befindet, lebt er in Freiburg, wo er sich infolge seines würzigen Humors allgemeiner Beliebtheit erfreut.

□ Breisach, 12. März. Wie die „Straßb. Post" aus Colmar berichtet, fand man dort in der Hinterlassenschaft eines Ehepaares, das von einem plötzlichen Tod ereilt war, außer barem Geld in Höhe von über 25 000 M (darunter mehrere Tausend Mark in Gold), mehrere hundert Pfund Gänsefett und einen großen Stapel Kleiderstoffe vor. Das Fett wurde sofort dem Spital zur Verfügung gestellt.

+ Konstanz, 13. März. Nach dem städtischen Voranschlag erfordert die Verzinsung der städtischen Schulden einen Mehraufwand von über 80 000 M. Für die Schuldentilgung sind insgesamt aufzubringen: 245 140 M. Hiervon sollen, wie im letzten Jahre, 30 000 M aus Grundstocksmitteln verwendet werden, so daß die Wirtschaft noch 215 140 M aufbringen muß. Der Voranschlag sieht die Erhebung folgender Umlage vor: 40 Pfg. von 100 M Liegenschaftssteuerwerten, 40 Pfg. von 100 M Steuerwerte des Betriebsvermögens, 16 Pfg. von 100 Mark Steuerwerte des Kapitalvermögens und 72 Pfg. von 1 M Einkommensteuersatz. Die Umlagen sind demnach die gleichen, wie 1916 und 1917.

Verband Südwestdeutscher Industrieller.

Am Montag, den 11. März d. J., fand im Hotel „Germania" zu Karlsruhe eine vertrauliche Aussprache der südwestdeutschen Industrie über handels- und wirtschaftspolitische Fragen statt, an der sich 129 Vertreter aus den einzelnen südwestdeutschen Industriezweigen beteiligten. An den Verhandlungen nahmen als Vertreter der Reichsregierung der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Reichswirtschaftsamtes, Ministerialdirektor Geheimrat Müller-Berlin, als Vertreter der Gr. Bad. Staatsregierung Se. Exz. Wirkl. Geheimrat Seubert, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider und Regierungsrat Dr. Fecht teil.

Militärdienstnachrichten.

Polensky, ehemal. Vizefeldw. (Karlsruhe), bisher b. Ers.-B. d. Leib-Gren.-Regts. Nr. 109, d. Charakter als Lt. verliehen m. d. Erlaubn. z. Tr. d. Landw.-A.-Unif. Graf, Hauptm. d. Landw. a. D. (Mannheim), zuletzt von d. Landw.-Inf. 2 Aufgeb., jetzt b. Ers.-B. d. Inf.-Regts. Nr. 112, d. Erlaubn. z. Tr. d. Landw.-A.-Unif. erteilt.

Versetzt: als Amtsvorstände: Thomas, Garn.-Verw.-Insp., als 2. Vorstand von Offenburg nach Straßburg i. E., Ninow, Garn.-Verw.-Insp., von Metz II nach Offenburg.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 14. März 1918.

Na. Zum Tode der Prinzessin zu Fürstenberg. Der Stadtrat hat Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin sowie Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise die herzliche und aufrichtige Teilnahme der Karlsruher Bürgerschaft an der schmerzlichen Trauer, in die Ihre Königlichen Hoheiten durch das Hinscheiden Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Amelie zu Fürstenberg versetzt worden sind, telegraphisch zum Ausdruck gebracht. Seine Königliche Hoheit der Großherzog und Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise haben dem Stadtrat dafür herzlichen Dank übermitteln lassen.

✕ Das Max Viktor v. Scheffel Stipendium. Aus der Max Viktor v. Scheffel-Stiftung ist eine Reise- und Studienstipendium an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Studien- Leumunds- Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen vier Wochen bei dem Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Wem gehört das Geld? Auf badischen Bahnhöfen und in badischen Eisenbahnzügen wurden u. a. folgende Geldbeträge aufgefunden: am 20. Januar in Karlsdorf 12 M; am 31. Januar in Karlsruhe 48 M 88 ₰; am 3. Februar 32 M 6 ₰; abgeliefert in Karlsruhe; am 8. Februar auf dem Bahnhofe in Neckarelz 12 M; am 10. Februar 10 M 75 ₰, abgeliefert in Rastatt; am 11. Februar in Rot-Malsch 20 M; am 14. Februar eine Brieftasche mit 21 M, abgeliefert in Mannheim; am 25. Februar auf der Strecke Esringen-Schallstadt der Betrag von 20 M, abgeliefert in Schallstadt.

= Schülervorstellung im Großh. Hoftheater. Gestern abend fand im Hoftheater eine Tell-Vorstellung statt für die an Ostern aus der Volksschule ausscheidenden Knaben und Mädchen. Diese Freivorstellung ist gewissermaßen ein Abschiedsgeschenk der Stadt Karlsruhe an die Schüler, ermöglicht durch die Gnade des Großherzogs. Vor Beginn der Festvorstellung wendete sich Herr Stadtschulrat Dürr in einer markigen Ansprache an die versammelten Schüler, in der er hervorhob, daß das Geschick des Volkes, das nun gleich auf der Bühne an ihnen vorüberziehen würde, ihnen zeige, daß Einigkeit ein Volk stark mache, gegen den größten Feind. Eine Erkenntnis, die nicht genug beherzigt werden könne in unserer schweren Zeit. Den Dank der Schüler brachte Herr Stadtschulrat Dürr zum Ausdruck in einem dreifachen Hoch auf den Landesfürsten, in das die junge Schar begeistert einstimmte. Die Festvorstellung nahm einen glänzenden stimmungsvollen Verlauf und entfachte in den Herzen der jugendlichen Schar flammende Begeisterung.

Letzte Drahtberichte.

Graf Luxburg.

)(Berlin, 14. März. Laut „Berl. Tagebl." meldet das Hollandsche Nieuwe Büro aus London: Graf Luxburg ist nach Meldung der Exchange Telegraph-Company nach Chile geflüchtet. Der Militärattache ist ebenfalls verschwunden. Die Polizei ist seit mehreren Tagen ohne jede Spur von den beiden Herren. Es wird angenommen, daß Graf Luxburg sich nach der deutschen Gesandtschaft in Chile begeben habe.

Wohnungsnot in Elbing.

)(Berlin, 14. März. Das „Berl. Tagebl." meldet aus Elbing, daß dort die Wohnungsnot besonders bedrohlich ist. Ueber 500 Familien, denen gekündigt worden ist, sind zumeist noch ohne Wohnung. Die Stadtverwaltung trifft Maßnahmen, um die Obdachlosen unterzubringen.

Fliegerangriff auf Freiburg.

WTB. Karlsruhe, 14. März (Amtlich.) Gestern nachmittag gegen 4 Uhr griffen acht feindliche Flieger abermals die offene Stadt Freiburg i. B. an. Es wurden mehrere Bomben abgeworfen, keinerlei militärischer Schaden, einiger Sachschaden an Häusern. Verletzt wurden fünf Personen, darunter eine Krankenschwester und zwei Lazarettinsassen. Zwei feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Eine italienische Skandalaffäre.

* Berlin, 14. März. Wie dem „Berl. Lokalanz." aus Lugano berichtet wird, beschäftigen sich die italienischen Tagesblätter mit einer von dem Senator Marconi in der Sitzung des Senats vom 3. d. M. zur Sprache gebrachten Skandalaffäre, in die die diplomatische Vertretung Italiens in Washington verwickelt ist. Senator Marconi sprach seine Verwunderung aus, daß die Regierung bisher nichts in der Sache getan habe, obgleich er bereits vor Monaten eine strenge Untersuchung gegen die mit dem Ankauf von Kriegsmaterialien in Amerika beauftragte Kommission und gegen die diplomatische Vertretung in Washington gefordert habe. Der Minister des Aeußern hat infolgedessen eine Untersuchung angeordnet und gleichzeitig dem italienischen Botschafter in Washington sein Vertrauen ausgesprochen.

Gerichtsverhandlungen.

Mehlschiebung und Kriegswucher.

() Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Das „Berl. Tagbl." meldet aus Dresden: Kaufmann Gruhle wurde wegen Mehlschiebungen und Kriegswuchers zu 1 Jahr Gefängnis und 194 292 M Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielten die Mitangeklagten König 13 Monate Gefängnis und 10 000 M Geldstrafe, Reuschel 4 Monate und 10 000 M Geldstrafe, Schmidt 6 Wochen Gefängnis und 3000 M Geldstrafe.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

8. März: Werner Joseph, V. Alb. Kuhn, Kaufmann; Elisabeth Helena Berta, V. Eugen Pfeifer, Kaufmann; Rosa, V. Wilh. Schwall, Hafenarbeiter; Artur Adolf, V. Adolf Wunsch, Sattler. — 9. März: Herbert Oskar Otto, V. Oskar Fleig, Schuhmacher. — 12. März: Paula Maria, V. Karl Siebert, Schlosser; Hermann Stephan, V. Anton Alois Braun, Landwirt; Elsa Maria, V. Christian Markgraf, Kaufmann; Hermann, V. Georg Friedr. Ganz, Maurer.

Eheschließung.

12. März: Oskar Grab von hier, Bootsmannsmat in Wilhelmshaven, mit Helene Rauser von Gebweiler.

Todesfälle.

11. März: Henriette Naudascher, 37 J., Ehefrau von Gustav Naudascher, Holzhändler. — 12. März: Pauline Schneider, 69 J., Witwe von Franz Anton Schneider, Wagenwärter. — 13. März: Heinrich Kehlbecher, Ehemann, Bahnhofsvorsteher a. D., 73 J.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger" und das „Amtliche Verkündigungsblatt" veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 28. Februar 1918 Nr. L 1/2. 18 K. R. A., betreffend **Höchstpreise für Eichen- und Fichtengerbrinde.** Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 9. März 1918. 8

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger" und das „Amtliche Verkündigungsblatt" veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 1. März 1918 Nr. W. M. 90/12. 17. K. R. A. enthaltend einen Nachtrag zu der Bekanntmachung über **Beschlagnahme** und **Bestandserhebung** von **Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Heer, Marine und Feldpost.** Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen. 9

Karlsruhe, den 9. März 1918.

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung über Tabakanbau.

Wer auf Gemarkung Karlsruhe-Stadt im Jahre 1918 Tabak anbauen will, hat die Genehmigung hierzu durch Antrag beim städtischen Statistischen Amt (Zähringerstraße 98) bis spätestens 1. April 1918 einzuholen.

Karlsruhe, den 12. März 1918.

Das Bürgermeisteramt. 918

Kaffee Odeon.

Erstes u. größtes Familien-Kaffee der Residenz.

650 Sitzplätze.

1316

Nachmittagstee. :: Eigene :: Konditorei. Tonkünstler Konzerte. Billardakademie. Herm. Borchers früh. Besitzer vom Kaffee Museum.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Donnerstag, den 14. März.

Sechstes Sinfonie-Konzert der Großherzoglichen Hofkapelle.

Solisten: Karl Flesch aus Berlin (Violine). Sofie Palm-Cordes, Max Büttner. Dirigent: Alfred Lorentz.

1. Erste Sinfonie in C-Dur von Beethoven; 2. Violinkonzert in A-Dur von Mozart; 3. Nachtpsalmen, Gedicht von Heinrich Vierordt, Musik von A. Lorentz (Zum erstenmal); 4. Serenade von Tschaikowsky und Mazurek von Dvorak; 5. Till Eulenspiegels Lustige Streiche von R. Strauß.

Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag den 14. März:

38. Sondervorstellung des Großh. Hoftheaters.

Die Journalisten.

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Erklärung.

Die im Hauptausschuß des Reichstages gegebene Darstellung über unerlaubte Gewinne, die in den Daimlerwerken gemacht worden sein sollen, beruht auf Angaben eines ehemaligen Beamten, der von der Firma wegen Untreue schon am 12. Januar 1918 entlassen sowie zur Strafanzeige gebracht worden ist und sich in dem eingeleiteten Verfahren vor dem Strafrichter zu verantworten haben wird.

Die Angaben dieses Beamten gehen dahin, die Daimlerwerke hätten durch Vorlage von angeblich falsch aufgestellten Kalkulationen von der Heeresverwaltung maßlose Preise gefordert und erhalten.

Wie haltlos diese Vorwürfe gegen die Daimlerwerke sind, geht aus der Art und Weise hervor, wie die den Daimlerwerken von der Heeresverwaltung bewilligten Preise festgesetzt worden sind. **Die Grundlage für die Preisfestsetzung bilden nämlich nicht Kalkulationen der Fabrik, vielmehr hat die Militärbehörde schon in einer früheren Zeit des Krieges nach den Pferdestärken der Motoren gewisse Einheitssätze pro Pferdekraft festgelegt,** die sie nach ihrer Angabe für die ganze Flugmotorenindustrie einheitlich festsetzen wollte. Erst am 23. März 1917, lange nach dieser Festsetzung der Preise und ohne jeden Zusammenhang und Einfluß auf die Höhe dieser Preise, hat die Firma auf den Wunsch eines Referenten der Militärbehörde diesem einen **summarischen Kostenüberschlag zugeschickt,** ohne daran irgendwelche Forderungen zu knüpfen. **Die Richtigkeit dieses Kostenüberschlags wird bei jeder Nachprüfung durch Sachverständige bestätigt werden.** Was der anzeigende Beamte als entgültige Kalkulation ansieht und mit entwendeten Unterlagen belegen will, sind Teilkalkulationen, die keineswegs die Endzahlen der tatsächlichen Kosten darstellen, in die er in seiner untergeordneten Stellung keinerlei Einblick hatte. Wie die Behauptung unrichtig ist, daß die Daimlerwerke Kalkulationen falsch aufgemacht und auf dieser gefälschten Grundlage eine Preisfestsetzung erfolgt sei, ebenso unwahr ist die weitere, daß die Firma aus dieser angeblichen Fälschung 4 Millionen Mark Gewinn im Monat gezogen habe.

Im übrigen gibt die von der Regierung im Hauptausschuß getroffene Feststellung, daß die Preise **der Daimlerwerke die billigsten aller Konkurrenzfirmen bei vorzüglichem Fabrikat sind,** die beste Widerlegung der gegen unsere Firma erhobenen Beschuldigungen; denn es ist klar, daß bei der anerkannten Güte des Fabrikats die Daimlerwerke mindestens mit denselben Löhnen und Materialkosten wie die Konkurrenz zu rechnen haben.

Die Drohung einer Einstellung des Betriebes ist von der Firma niemals gegenüber der Heeresverwaltung ausgesprochen worden. Lediglich im Zusammenhang mit einer unter dem 12. 2. 18 geäußerten Bitte um Preisrevision ist darauf hingewiesen worden, daß **eine eventuelle Aufhebung der unrationellen Nachtschicht eines kleinen Teiles der Belegschaft** in Erwägung zu ziehen sei. Diese Erklärung ist zudem einige Tage später ausdrücklich zurückgenommen worden.

Von einer Preiserhöhung um 50 % war überhaupt nie die Rede, sondern es ist um eine Revision der Preise gebeten und hierbei eine Erhöhung um 10 % vorgeschlagen worden, die aber nicht bewilligt worden ist.

Die Dividenden-Ausschüttung der Daimlerwerke hängt in erster Linie zusammen mit der Politik starker Abschreibungen der Aktiven und der Ansammlung großer Reserven, die von der Gesellschaft schon seit vielen Friedensjahren befolgt wurde, um allen Aufgaben und Fährnissen der Zukunft gewachsen zu sein.

Es war bisher nicht üblich, Geschäfts- und Fabrikationseinzelheiten auf die einseitigen Behauptungen eines entlassenen Angestellten hin zur Grundlage einer öffentlichen Aburteilung zu machen und dem Angeschuldigten keinerlei Gehör vor einer Verurteilung zu gewähren.

Die **übereilte Kritik und Behandlungsweise,** unter der wir zu leiden haben, nötigt uns zu diesem Protest.

604?

Stuttgart-Untertürkheim, 11. März 1918.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.